

Hanfanbau besser kontrollieren

Neue Handhabe Im Kanton Baselland sollen es neue gesetzliche Regeln vereinfachen, gegen illegale Hanffelder vorzugehen. Die Strafverfolgung ist heute mit Problemen behaftet, unter anderem, weil sich legaler CBD-Hanf ohne aufwendige Laboranalyse kaum von berauschendem THC-Hanf unterscheiden lässt. Die von SVP-Landrat Reto Tschudin geforderte Meldepflicht für Hanfplantagen wird von der Regierung und nun auch von der landrätlichen Justiz- und Sicherheitskommission (JSK) zwar als nicht zielführend erachtet. Angesichts der zunehmenden Zahl an Plantagen sei das Problem aber keine Marginalie, räumen Regierung und JSK ein. Die Schwierigkeiten der Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung des illegalen Anbaus seien «unhaltbar», heisst es im eben veröffentlichten JSK-Bericht.

Deshalb wird nun über neue Vollzugsbestimmungen diskutiert. Demnach sollen die Behörden die Einhaltung von THC-Grenzwerten in einem Gebäude oder einem anderen umfriedeten Raum auch ohne Eröffnung eines Strafverfahrens überprüfen können. Die Voraussetzungen, damit Behörden aktiv werden könnten, seien heute mit der Notwendigkeit eines Strafverfahrens hoch angesetzt, argumentiert die JSK. Gleichzeitig erschwerten Schlupflöcher die Beweisführung (etwa den Nachweis, dass jemand vorsätzlich THC- statt CBD-Hanf angebaut hat). Der Vorstoss Tschudins soll gemäss dem Entscheid der JSK stehen gelassen werden, bis eine Lösung Erleichterungen beim Vollzug bringt. (bz)

Nachrichten

Betrunkene Autofahrerin baut Selbstunfall

Ettingen Auf der Aeschstrasse am Dienstag kurz vor 22 Uhr eine 53-jährige Autofahrerin in alkoholisiertem Zustand einen Selbstunfall. Sie kollidierte eingangs Dorf frontal mit der in der Strassenmitte befindlichen Verkehrsinsel. In der Folge verlor sie die Herrschaft über ihr Gefährt, geriet ins rechtsseitig anschliessende Ackerland, überquerte die Aeschstrasse und kam schliesslich im linksseitigen Strassengraben zum Stillstand. Die Verunfallte blieb unverletzt. Ein bei ihr durchgeführter Atemalkoholtest ergab einen Wert von 1,11 mg/l. (bz)

Traktorenparade leitet Weihnachtszeit ein

Bubendorf Morgen Freitag geht in Bubendorf eine Weihnachts- traktorenparade in Szene. Diese startet um 19 Uhr beim Fussballplatz Brühl, führt über diverse Gemeindestrassen und endet auf dem Schulhausplatz Dorf. Dort sind die weihnachtlich geschmückten Fahrzeuge zum Besichtigen aufgereiht. Eine Dudelsackformation wird die Parade musikalisch begleiten. Die Feuerwehr Wildenstein unterstützt das Organisationsteam bei den Querungen der Hauptstrasse. (bz)

Millionensegen für Wallfahrtsort

Es ist mehr als eine milde Gabe: Der Kanton Solothurn unterstützt das Kloster Mariastein mit 2,4 Millionen Franken.

Christof Ramser

Es ist nach Einsiedeln der wohl berühmteste Wallfahrtsort der Schweiz. Weit über 200 000 Menschen pilgern jedes Jahr zum Kloster Mariastein. Selbst Nichtkatholiken sind vom Wirken der Benediktinerinnen und von der imposanten Felsenhöhle in der Gnadenkapelle beeindruckt. Es ist eines der wenigen Gebäude im Solothurnischen, dessen Strahlkraft weit über die Kantongrenzen hinausreicht. Auch aus dem nahen Baselbiet, aus Südbaden und dem Elsass kommen dort Menschen zusammen.

Doch die Anlage ist in die Jahre gekommen. Insbesondere der Klosterplatz, auf dem an Wochenenden regelmässig 40 Autos abgestellt werden und Postautos wenden, genügt den aktuellen Anforderungen in keiner Weise. Deshalb wird der Platz für 6,2 Millionen Franken zu einer verkehrsfreien Begegnungszone umgebaut.

Gegner: Kloster als Konzern mit Millionvermögen

So weit, so unbestritten. Dass aber nun der Kanton Solothurn knapp 2,4 Millionen Franken an die Umgestaltung zahlen soll, gab am Mittwoch im Kantonsrat zu reden. Silvia Fröhlicher (SP, Bellach) würdigte im Namen der Bildungs- und Kulturkommission die «grosse historische und kulturelle Bedeutung» des Ortes. Die Finanzkommission hingegen stehe nicht hinter dem Kredit, führte Sprecher Richard Aschberger (SVP, Grenchen) aus: Inklusiv Tochtergesellschaften verfüge das Kloster als «Konzern» über 33 Millionen Franken Vermögen, davon 10 Millionen investiert in Wertpapiere, mit liquiden Mitteln von 7 Millionen.

Fraktionskollege Beat Künzli (Laupersdorf) geisselte das



Einer der wenigen Orte im Solothurn mit Strahlkraft über den Kanton hinaus: Das Kloster Mariastein.

Bild: zVg (5. Februar 2020)

«überdimensionierte Luxusprojekt» als «schon fast überheblich». Alleine die Pflasterung mit Natursteinen koste 1,5 Millionen Franken, was auf die Handschrift eines «abgehobenen» Zürcher Architekturbüros verweise. Statt aus der Staatskasse sollten Gelder aus dem Swisslos-Fonds eingesetzt werden. Bildungsdirektor Remo Ankli wandte ein, dass dies vermutlich gesetzlich nicht möglich sei.

Bis auf Grüne und Grünliberale, die den Staatsbeitrag aus Säkularitätsgründen teilweise ablehnten, stand die SVP aber auf verlorenem Posten. Mit 71 zu 21 Stimmen bei vier Enthaltungen

passierte die Vorlage den Rat deutlich.

Kantonsratsitzung «extra muros» in Mariastein?

Insbesondere die Parlamentarierinnen aus dem Dorneck-Thierstein machten sich für das «Bijou des Schwarzbubenlands» stark. Karin Kälin (SP, Rodersdorf) träumte gar von einer Kantonsratsitzung «extra muros» nach Abschluss der Bauarbeiten 2026. Daniel Urech (Grüne, Dornach) findet es nach diversen finanziellen Engagements des Kantons – er verwies explizit auf den Kauf der «Krone» in Solothurn – «angemessen, sich auch ausserhalb

der Stadtmauern zu engagieren». Aber auch von ennet dem Berg gab es Zuspruch: «Es gibt nicht allzu viele Gebäude, die den Kanton Solothurn ausmachen», sagte Michael Ochsenbein (Mitte, Luterbach). Das Kloster Mariastein gehöre sicherlich dazu. Der religiöse Kontext spiele bei diesem Engagement überhaupt keine Rolle.

Die Mönche nehmen den Entscheid aus dem Solothurner Rathaus «mit Freude und Dankbarkeit» zur Kenntnis. Damit seien nun fast 3 Millionen Franken von der öffentlichen Hand bereitgestellt, sagt Projektleiter Mariano Tschuor. Die Nachbar-

kantone Baselland und Basel-Stadt zahlen je 100 000 Franken, der Jura 10 000 Franken, die Standortgemeinde Metzleren saniert die Leitungen im Untergrund und finanziert die neue Bushaltestelle für 700 000 Franken. «Die restlichen Mittel von 3 Millionen Franken muss das Benediktinerkloster nun auf dem Privatmarkt beschaffen», sagt Tschuor, etwa von Stiftungen oder der Industrie. Die erwähnten flüssigen Mittel aus dem beträchtlichen Vermögen relativiert Tschuor: Diese Mittel bildeten die Pensionskasse der Mönche, ein Vermögensabbau sei nicht möglich.

In Hofstetten ist das Vertrauen zerstört

Wer soll nach Rücktritt des Gemeindepräsidenten und Ankündigung des Vize die Geschicke im Dorf leiten?

Bea Asper

Ende November hat Vizegemeindepräsident Peter Gubser in Hofstetten-Flüh das Zepter übernommen. Zuvor hatte Gemeindepräsident Felix Schenker über Nacht das Feld geräumt. Er verlegte auch gleich seine Schriften nach Breitenbach. Am 10. Dezember hat Gubser ebenfalls seine Demission bekanntgegeben. Am Dienstag nun wollte der Gemeinderat das weitere Vorgehen aufgleisen. Doch an seiner Sitzung zeigte er sich in dieser Frage handlungsunfähig.

Gubser leitete die Sitzung, beim Traktandum seiner Demission verabschiedete er sich in den Ausstand. Der Rat beschloss, das Geschäft zu vertagen. Eine Beschlussfähigkeit war nicht mehr gegeben. Denn dafür braucht es vier Gemeinderäte und am Dienstag waren nur

drei weitere zugegen – nämlich Andrea Meppiel, Kurt Schwyzer und Stephan Hasler. Die Gemeinderatsmitglieder Brigitte Stoeckli und Saskia Aebi hatten sich krankgemeldet, Thomas

«Es war unfair und ich ziehe meine Konsequenzen.»

Peter Gubser
Gemeindepräsident

Zeis fiel berufsbedingt aus. Wegen Krankheit konnte auch Gemeindeschreiberin Verena Rüeger der Sitzung nicht beiwohnen. Die Protokollführung übernahm Bauverwalter Patrick Gamba.

Die schwierige Situation in der Gemeinde sei nicht der Grund für seinen Rücktritt, stellte Vizepräsident Gubser am Dienstagabend klar. Den Ausschlag gab das Verhalten seiner Ratskollegen. Sie hatten am 6. Dezember einstimmig beschlossen, ihm das Ressort Finanzen und Sicherheit zu entziehen.

Hohe Ausfallquote auf der Verwaltung

Der Entscheid wäre anfechtbar, weil er gar nicht traktandiert war, gab Gubser zu verstehen. Beschwerde zu führen, sei aber nicht seine Art. «Es war unfair und ich ziehe meine Konsequenzen. Das Vertrauen für eine wei-

tere Zusammenarbeit ist zerstört worden», sagte er.

Für den Gemeinderat wiederum war die Anspruchshaltung Gubsters nicht nachvollziehbar. Dieser wollte nebst seinem Beruf mit einer 80-Prozent-Stelle das Gemeindepräsidium, das mit einer 40-Prozent-Stelle entschädigt wird, übernehmen und gleichzeitig Chef des Ressorts Finanzen und Sicherheit bleiben. Der Rat kam zum Schluss, dass Gubsters Ressort an Stephan Hasler übergehen soll, der nach dem Ausscheiden von Gemeindepräsident Schenker nachgerückt ist.

Gubser stellte klar, spätestens auf den 11. März nicht mehr zur Verfügung zu stehen, wobei er bereit wäre, den Rat früher zu verlassen, wenn die Nachfolge geregelt ist. Wie die Gemeindeführung sichergestellt werden kann, will der Rat am 9. Januar diskutieren. Die Wahl für den

Ersatz des Präsidiums hat er für den 30. April festgelegt, die Wahlvorschläge müssen bis am 6. März eingereicht werden.

Auf der Verwaltung ist die Ausfallquote derzeit hoch. Der Gemeindeverwalter, der sein Pensum vor einiger Zeit auf 50 Prozent reduzierte, ist für mehrere Wochen krankgeschrieben.

Für die Mitarbeiterin, deren Computer von einem Arbeitskollegen über Monate manipuliert worden war, wie ein Untersuchungsausschuss im November bestätigte, möchte der Gemeinderat nach einer «eindeutigen Lösung» suchen. Dies gab er an der Gemeindeversammlung bekannt. Weiterhin auf der Verwaltung tätig ist der Mitarbeiter, der das Mobbing zu verantworten hat. Die Ratsmehrheit verzichtete darauf, ihm zu kündigen. Die Bestrafung erfolge durch Lohn-einbussen, hiess es.